

Dialog mit der Politik Vorstandsmitglieder diskutierten mit Ostbeauftragtem – Konkretes Vorhaben vereinbart

Im Januar 2019 tauschten sich Vorstandsmitglieder des VDMA Ost und der Ostbeauftragte Christian Hirte zu zahlreichen brisanten Themen aus. Bereits im Sommer 2019 folgt ein weiterer Meilenstein.

Über den Stellenwert des Maschinen- und Anlagenbaus informieren, erfolgshemmende Barrieren aufzeigen sowie mittelstandsgerechte Veränderungen erreichen: Diese Ziele hat der VDMA Ost im Blick, wenn er sich mit Vertretern der Politik und der politischen Verwaltung trifft.

Einen sehr offenen Austausch erlebten Landesverbandsgeschäftsführer Reinhard Pätz sowie die Vorstandsvertreter Mathis Kuchejda ([SCHMIDT + HAENSCH](#), Berlin), Marcus Piepenschneider ([MTS Systems](#), Berlin) und Udo Staps ([FKT](#) Formenbau und Kunststofftechnik, Triptis) Mitte Januar 2019. Im Bundeswirtschaftsministerium sprachen sie mit Christian Hirte, dem Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Sie platzierten zahlreiche Themen, welche die Unternehmer derzeit besonders bewegen, darunter

- die Entsenderichtlinie,
- die steuerliche Forschungsförderung,
- offene Märkte und die Sanktionspolitik der US-Amerikaner (Russland, Iran),
- Imagewerbung für den Standort Ostdeutschland,
- die Infrastruktur (Autobahn, Schiene) und
- die Qualifizierung von (Berufsschul-)Lehrern.

Außenwirtschaft: Viele Hürden zu überwinden

Die Unternehmer verdeutlichten, dass sich die ostdeutschen Maschinen- und Anlagenbauer beim Handel mit ausländischen Kunden mit den verschiedensten Hürden auseinandersetzen müssen. Hierzu gehören die andauernden **Russlandsanktionen**, die – anstatt abgebaut zu werden – von den USA weiter verschärft werden sollen. Nutznießer sind unter anderem die Chinesen, die in diesen für Ostdeutschland so wichtigen Markt drängen.

Auch die **extra-territorial konzipierten Sanktionen der USA** gegenüber Drittstaaten schaden der Wirtschaft. Als Beispiel nannten die Unternehmer deutsche Firmen und Banken, die im Iran aktiv sein wollen. Hier müsse die deutsche Politik stärker unterstützen. Darüber hinaus berücksichtigt die amerikanische Administration derzeit offenbar verstärkt die Aussagen von Wirtschaftsverbänden. Daher appellierten die Vorstandsvertreter, in den Austausch die Dachverbände einzubinden.

Ein weiteres Thema: die bessere Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen beim **Erschließen neuer Märkte**. Dies zielt nicht nur auf Messeteilnahmen und die Gründung von Vertriebs- oder Produktionsniederlassungen. Entscheidend sei auch der Abbau bürokratischer Hemmnisse, beispielsweise beim Zollrecht.

Zunehmende Bürokratie ist ein grundsätzliches Problem – egal, ob Forschungsanträge gestellt, Genehmigungen eingeholt oder Mitarbeiter ins Ausland entsendet werden. Sehr eindringlich machten die Unternehmer klar, dass die EU-Entsenderichtlinie ein bürokratisches Monster und für viele Firmen nur mit hohem Aufwand zu bewältigen ist. Dienstleistungen wie die Inbetriebnahme von Maschinen und Anlagen, Reparaturen und Wartungsarbeiten werden auf dieser Weise massiv behindert. So können Kunden im Falle eines Maschinenausfalls nicht mehrere Wochen auf eine Genehmigung dafür warten, dass der Hersteller die entsprechenden Monteure einsetzen darf!

Angemahnt wurde auch die steuerliche Forschungsförderung, welche der VDMA bereits seit vielen Jahren fordert. Sie soll nach Aussage von Hirte zum 01.01.2020 kommen.

Fachkräfte: Maschinenbau konkurriert mit anderen Branchen

Ein Dauerthema und derzeit das größte Produktionshindernis ist der **Fachkräfteengpass**. Insbesondere in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands ist der verschärfte Wettbewerb um die besten Köpfe spürbar. Gründe sind nicht nur der demografische Wandel und die Abwanderung. Es ändern sich auch die Anforderungsprofile – damit konkurrieren die Maschinenbauer bei ihrer Suche nach technik- und informatikaffinen Mitarbeitern mit anderen Branchen.

Hirte zufolge hat die Bundesregierung mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz bereits auf diese Entwicklung reagiert. Schon heute können ausgebildete Fachleute problemlos zuwandern. Für spezielle Bereiche wie Informationstechnik gelten Sonderlösungen – demnach kann ein Unternehmen auch einen Ausländer einstellen, wenn er keine Ausbildung vorweist, jedoch über exzellente IT-Kenntnisse verfügt. Als Flaschenhals erweisen sich allerdings die Antragsbearbeitungen.

Nachholbedarf rund um Ausbildung

Darüber hinaus können die Unternehmen nicht mehr alle ausgeschriebenen Lehrstellen besetzen. Ebenso lässt die **Ausbildungsqualität** der Schulabgänger deutlich nach. Abseits der Ballungsräume wandern zudem noch zu viele junge Menschen Richtung Westen ab. Studierende aus den alten Bundesländern, die in den ostdeutschen Regionen exzellente Studienbedingungen vorfinden, kehren nach ihrem Abschluss wieder in die Heimat zurück. Es gelingt nicht, sie zu halten.

Die Unternehmer forderten zudem, die Ausbildungsqualität der **Berufsschulen** zu verbessern – sowohl die Lehrinhalte als auch die Ausstattung und das Lehrmaterial müssen den neuen Anforderungen angepasst werden. Dies gilt vor allem mit Blick auf die duale Ausbildung. Grundsätzlich begrüßenswert ist daher der DigitalPakt der Bundesregierung und das damit verbundene Geld für die technische Ausstattung von Schulen. Kuchejda, Piepen-schneider und Staps verwiesen in dem Zusammenhang aber auch darauf, dass ebenso die Lehrer entsprechend ausgebildet und weiterqualifiziert werden müssen. Denn ohne Know-how der Ausbilder nutzt die beste Ausrüstung wenig. Wichtig sind zudem der zügige Ausbau des Breitbandnetzes und die Anbindung an das Internet.

Tolle Arbeitsplätze in Ostdeutschland – in Ostdeutschland?

Wettbewerber unserer Unternehmen bei der Besetzung von Lehrstellen und offenen Fachkräftepositionen sind zum einen Verwaltungen, die mit ihrem Versprechen eines sicheren Arbeitsplatzes punkten. Zum anderen überzeugen Konzerne und große Unternehmen mit ihrem Namen, einem überdurchschnittlichen Verdienst und Standorten mit ansprechenden Lebensbedingungen.

Nach Ansicht der Vorstandsvertreter hat sich Ostdeutschland in den vergangenen Jahren vielerorts zu einem attraktiven, zukunftssicheren Standort entwickelt. Viele spannende,

erfolgreiche Unternehmen bieten interessante Arbeitsplätze mit enormen Entwicklungsmöglichkeiten. **Das Manko:** Die verschiedenen Regionen und Firmen sind in den alten Bundesländern kaum bekannt – selbst hierzulande blickt man bei Jugendlichen und Eltern, Öffentlichkeit und Medien in erstaunte Gesichter.

Die Gesprächsrunde war sich darin einig, dass der **Bekanntheitsgrad** des Standortes Ostdeutschland dringend erhöht und das **Image** verbessert werden muss. Hierzu könne laut Hirte auch die Neuausrichtung der Strukturpolitik von Bundesinnenminister Seehofer beitragen. Politik und Wirtschaft müssen zudem gemeinsam die Perspektiven für Lebensqualität und zukunftsfähige, attraktive Arbeitsplätze aufzeigen.

Diese spielen derzeit in den Medien nur eine untergeordnete Rolle. Stattdessen stehen häufig die Erfolge anderer Regionen im Fokus. Eine umfassende Negativberichterstattung – wie nach den Auseinandersetzungen in Chemnitz oder Pirna – findet hingegen Platz in der bundesweiten Medienberichterstattung. Zudem kann der Eindruck entstehen, dass ähnliche Ereignisse andernorts weniger stark in den Vordergrund gerückt werden. Das prägt auch das Bild in der öffentlichen Wahrnehmung. Für den Standort Ostdeutschland, der auf ausländische Fachleute, Wissenschaftler und Kunden angewiesen ist, ist das ein großes Problem.

Mit dem Ostbeauftragten auf Image-Tour

Der Tenor: Die positiven Seiten müssen noch stärker publik gemacht werden. Die Vorstandsvertreter und Hirte tauschten sich daher darüber aus, wie das Interesse der Medien stärker geweckt und die Öffentlichkeit somit realistischer informiert werden kann. Dabei sind auch die Unternehmen selbst gefragt. Sie könnten ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit ausbauen, über ihre Erfolgsgeschichten berichten. Es gibt genügend positive Beispiele, vom Firmenjubiläum über die Standorterweiterung bis zur gelungenen Integration von Flüchtlingen.

Außerdem habe man die Erfahrung gemacht, dass die Aufmerksamkeit steige, wenn sich Politiker einbringen und beispielsweise ein Unternehmen besuchen. Diesen Punkt griff Hirte spontan auf. Er will während seiner diesjährigen traditionellen Sommertour durch ganz Ostdeutschland innovative VDMA-Mitglieder besuchen.

Infrastruktur und Mobilität ausbaufähig

Ob sich Fachkräfte und deren Familien für ein Unternehmen entscheiden, hängt auch maßgeblich von der **Verkehrsinfrastruktur** ab. Es spielt eine entscheidende Rolle, wie gut die Region über Schiene und Straße an die nächstgelegene Stadt, den nächsten Bahnhof oder Flughafen angebunden ist.

Mit Problemen verbunden sind zudem häufig **Schwertransporte**, wengleich dieses Thema Ländersache (Ordnungsrecht – Polizeizuständigkeit) ist. Hier stören vor allem die langen Genehmigungszeiten, die Bürokratie, bundesländerspezifische Regelungen und verschiedene Zuständigkeiten.

Ihr Kontakt zum VDMA Ost

Sie haben Fragen zum Gespräch mit dem Ostbeauftragten Hirte oder wollen selbst einmal Vertreter der Politik treffen? Dann sprechen Sie uns bitte an: **Reinhard Pätz**, Telefon 0341 521160-13, [E-Mail](mailto:info@ost.vdma.org)

Noch mehr Informationen rund um die politische Interessenvertretung des VDMA
berlin.vdma.org

Haben Sie bereits die vielfältigen Informationen des VDMA Ost im Internet entdeckt?

Erfahren Sie unter anderem, welche neuen Veranstaltungen Sie besuchen können, wie Sie Herausforderungen in Ihrem Arbeitsalltag noch besser meistern und was der Vorstand in seiner jüngsten Sitzung beschlossen hat!

ost.vdma.org